

Protokoll

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am Dienstag, 14. November 2023 um 18:00 Uhr in der Aula im Schulzentrum Süd, Auf dem Bruche 3, 31832 Springe

Teilnehmende:

Vorsitzende

Henkels, Anette

Ausschussmitglieder

Galas, Eckart

Hackert, Thorsten

Holzmann, Norman

Mariß, Lisa Marie

Overesch, Bernd

Reinhardt, Bastian

Retzlaff, Antje

Riegelmann, Elke

als Vertretung für Frau Becker

Beratende Mitglieder

Borgolte, Michael

Herrmann, Udo

als Vertretung für Herrn Wall

als Vertretung für Herrn Nagel

Von der Verwaltung

Becker, Kerstin

Meißner, Marius

Neubert, Fabian

Strohecker, Philipp

Protokollführerin

zu TOP 5 und TOP 8.3 - öffentlicher Teil

zu TOP 5 - öffentlicher Teil

Es fehlen entschuldigt

Becker, Tanja

Nagel, Klaus

Wall, Günther

Gäste

Godon, Michelle mit

zwei Kolleginnen

CIMA Beratung+ Management GmbH

(per Webex) zu TOP 4 - öffentlicher Teil

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Henkels begrüßt die Anwesenden im Sitzungsraum und Frau Godon und zwei weitere Mitarbeiterinnen der CIMA, die per Webex-Meeting zugeschaltet sind. Anschließend stellt Frau Henkels die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Reinhardt beantragt, den TOP 4 „Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Springe“ von der Tagesordnung zu nehmen und im Frühjahr 2024 zu beraten. Er begründet den Antrag damit, dass aufgrund der laufenden Haushaltsplanberatungen 2024 nicht die notwendige Zeit für ein so wichtiges und umfangreiches Konzept wie das ISEK zur Verfügung stehe.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag einstimmig zu.

TOP 4 wird von der Tagesordnung abgesetzt. Frau Henkels stellt die geänderte Tagesordnung fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anfragen der Zuhörenden

Es werden keine Fragen gestellt.

3. Genehmigung des Protokolls der 17. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am 10.10.2023 -öffentlicher Teil-

Herr Overesch merkt an, dass er zu TOP 10.1 der letzten Sitzung auch gefragt habe, wer die Baumaßnahme beauftragt habe. Die Beantwortung hierzu erfolgt über das Protokoll.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Fachdienste des Fachbereichs III können nicht nachvollziehen, wer die Errichtung der Schotterfläche auf dem Privatgrundstück beauftragt hat. Verantwortlich ist in jedem Fall der Eigentümer des Grundstücks. Ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) ist laut Auskunft der Bauaufsicht eingeleitet worden.

Herr Holzmann bezieht sich auf seine Anfrage unter TOP 10.4 und sagt, er habe gefragt, wann die Klima-AG sich mit den eigentlichen, bei der Gründung beschlossenen, Aufgaben befasst. Die Einrichtung der Klima-AG wurde im Rat am 09.12.2021 mit dem Ziel, die Klimarelevanz in Beschlussdrucksachen zu betrachten/bewerten, beschlossen.

Die von Herrn Klostermann am 10.10.2023 gegebene Antwort auf Herrn Holzmanns Anfrage ändert sich durch die Umformulierung nicht.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Das Protokoll der 17. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am 10.10.2023 - öffentlicher Teil - wird mit den vorgebrachten Ergänzungen beschlossen.

4. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Springe 63/2021-2026 - 5

- **Beschluss als städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 1 (6) Nr. 11 BauGB**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor der Feststellung der Tagesordnung abgesetzt. Frau Henkels bedankt sich bei Frau Godon und ihren Kolleginnen und diese verlassen das Webex-Meeting.

5. Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024 576/2021-2026

Frau Henkels regt an, die Produkte der einzelnen Fachdienste der Reihe nach zu beraten. Zum Fachdienst 61 / Produkt 51101 stellt Herr Holzmann die Frage, was sich hinter dem Begriff

„MapSolution“ verbirgt. Herr Meißner antwortet, MapSolution sei die GIS-Anwendung. Für das derzeitige System gäbe es aber keinen Support mehr, und es müsse eine neue Lösung für die Zukunft gefunden werden.

Herr Holzmann fragt außerdem, warum der Ansatz für die klimaneutrale Verwaltung von 50.000,- € auf 60.000,- € erhöht wurde. Herr Meißner teilt mit, diese Summe sei für die gesamte Verwaltung eingeplant.

Herr Reinhardt legt zum Produkt 51101 bzw. zum Budget 0310 drei schriftliche Anträge der Gruppe SPD-Grüne-Linke zum Haushaltsplanentwurf 2024 vor. Hierbei handelt es sich um die Anträge „1.1 Grünes Gewerbegebiet“, „1.2 Beschleunigter Ausbau von PV-Anlagen auf kommunalen Gebäuden und versiegelten Freiflächen“ und „1.3 Reduzierung des Eckwertes Budget 0310 Planung“.

Zum Antrag 1.1 erläutert Herr Reinhardt, es sollen 25.000,- € aus dem Gesamtbudget Planung zur Projektierung eines grünen Gewerbe- oder Industriegebietes veranschlagt werden. Die gesamte Versorgung dieses Gebietes solle aus erneuerbaren Energien gewonnen werden.

Der Antrag 1.2 hat die schnellere Umsetzung des Ratsbeschlusses vom Oktober 2022 bezüglich der Errichtung von PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden zum Ziel. Herr Reinhardt erklärt wieder, dass auch hierfür 25.000,- € aus dem Gesamtbudget Planung einzuplanen seien. Zusätzlich sollen für diesen Zweck 200.000,- € investiv mit Sperrvermerk für die folgenden Jahre in den Haushalt eingestellt werden.

Frau Riegelmann beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um die gestellten Anträge zu lesen und kurz in den Fraktionen zu besprechen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag auf Sitzungsunterbrechung einstimmig zu.

Die Sitzung wird um 18:22 Uhr unterbrochen.

Um 18:28 Uhr wird die Sitzung wiederaufgenommen.

Auf die Nachfrage von Herrn Strohecker, ob das Budget 0310 aufgestockt werden solle oder ob die Summen für die Anträge aus dem geplanten Budget herausgenommen werden sollen, antwortet Herr Reinhardt, das Budget solle nicht aufgestockt werden.

Frau Riegelmann gibt zu bedenken, dass in der Stadt Springe so viel geplant werde, was dann aber wegen fehlender Kapazitäten nicht umgesetzt werden könne. Sie spricht sich dafür aus, die Inhalte der Anträge 1.1 und 1.2 im kommenden Jahr mit dem neuen Baufachmann, Herrn Götze, zu besprechen.

Herr Reinhardt betont, es gehe jetzt um Haushaltsplanberatungen, nicht um Planung. Zunächst sollen die Mittel für die genannten Projekte eingestellt werden.

Frau Henkels verständigt sich mit den Ausschussmitgliedern auf eine separate Abstimmung zu jedem Antrag.

Herr Meißner sagt, der Haushaltsplanentwurf sei durchdacht aufgestellt worden. Würden jetzt 25.000,- € für ein grünes Gewerbegebiet herausgenommen werden, könnten andere geplante Projekte nicht weiterverfolgt werden. Außerdem solle seiner Ansicht nach zunächst die Machbarkeitsstudie für eine eventuelle Gewerbeentwicklung an der Osttangente abgewartet werden.

Herr Overesch sagt, die geplante Summe von 25.000,-€ sei nicht greifbar ohne eine konkrete Aufschlüsselung oder einen entsprechenden Hintergrund.

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Grünflächen stimmt dem Antrag „1.1 Grünes Gewerbegebiet“ mit **5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **4 Enthaltungen** mehrheitlich zu.

Zum Antrag 1.2 erläutert Herr Holzmann, ein entsprechender Antrag sei bereits gestellt und mit Herrn Zapke besprochen worden. Die Planung gestalte sich aber schwierig, schließlich solle die Umsetzung nicht erst in 20 Jahren abgeschlossen sein.

Frau Riegelmann wendet ein, dass bei der Sanierung von Dachflächen städtischer Gebäude selbstverständlich PV-Anlagen realisiert werden sollen.

Herr Holzmann ergänzt, der Fachdienst 65 - Hochbau soll sich damit beschäftigen, da die Verwaltung aber die Planungsleistung personell nicht leisten könne, sollte diese ausgelagert werden. Des Weiteren gäbe es auch die Möglichkeit, ohne eine Sanierung PV-Anlagen zu installieren.

Herr Meißner sieht die Zuständigkeit der Aufgabe aus diesem Antrag eindeutig beim Fachdienst Hochbau. Auch Herr Strohecker ordnet dies dem FD 65 zu.

Herr Galas, der die Zuständigkeit ebenfalls infrage stellt, spricht die Möglichkeit an, Dachflächen für die Installation von PV-Anlagen zu verpachten. Eine externe Beteiligung würde seiner Ansicht nach gut funktionieren.

Herr Reinhardt betont, der FD Hochbau sei überlastet. Außerdem sei aus seiner Sicht der Planungsausschuss für die Potentialflächen zur Errichtung von PV-Anlagen zuständig.

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Grünflächen stimmt dem Antrag „1.2 Beschleunigter Ausbau von PV-Anlagen auf kommunalen Gebäuden und versiegelten Flächen“ mit **5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **4 Enthaltungen** mehrheitlich zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Antrag zum „Beschleunigter Ausbau von PV-Anlagen auf kommunalen Gebäuden und versiegelten Freiflächen“ befasst sich mit einer der Hauptaufgaben des Fachdienstes 65 – mit der Planung und Unterhaltung von Gebäuden (und deren Bauteilen) im kommunalen Eigenbesitz. Dem Fachdienst 61 fehlt für die Umsetzung dieses Projektes sowohl geeignetes Fachwissen als auch die dafür notwendigen Informationen. Da sich der Fachdienst 65 schon mit dem Projekt „PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden“ befasst hat, ist fraglich, warum dieses Thema erneut in einem Fachdienst ohne entsprechende thematische Vorkenntnis und Qualifizierung für das Thema erfolgen soll. Wenn das tatsächliche politische Interesse an der Umsetzung dieses Antrages besteht, sollte dieser auch dem entsprechenden Fachdienst mit den dafür geeigneten Fachleuten zugeordnet werden.

Zum Antrag „1.3 Eckwert Budget 0310 Planung“ erläutert Herr Reinhardt, der Eckwert solle um 100.000,- € im Ansatz reduziert werden. Nachträge seien bei Bedarf immer noch möglich, außerdem sei die Budgetabweichung noch nie eingetroffen. Dies betrifft alle Fachdienste.

Herr Herrmann fragt, wie der beantragte Wert von 100.000,- € zustande gekommen sei.

Herr Reinhardt erklärt, die Abweichung belaufe sich auf 200.000,- €. Da zurzeit viele Projekte anstehen, sei eine Kürzung um 100.000,- € aus Sicht der Antragsteller realistisch.

Herr Strohecker fragt nach, ob der Fachdienst Finanzen intern entscheiden solle, bei welchen Produktkonten Kürzungen vorgenommen werden sollen. Dies wird von Herrn Reinhardt bejaht.

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Grünflächen stimmt dem Antrag „1.3 Eckwert Budget 0310 Planung“ mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** einstimmig zu.

Herr Reinhardt fragt, ob es sinnvoll wäre, die Bauaufsicht (Fachdienst 63) nach extern zu verlagern. Frau Riegelmann erklärt, eine Auslagerung der Bauaufsicht werde bereits seit Jahren diskutiert. Aus ihrer Sicht sei das auch ein Thema, welches man im nächsten Jahr mit Herrn Götze besprechen solle.

Herr Meißner bestätigt, dass diese Idee auch in anderen Kommunen immer mal wieder zur Sprache käme. Er erachtet allerdings eine bürgernahe Verwaltung mit persönlichen Ansprechpartnern vor Ort als wertvoll und wichtig und rät von einer Auslagerung ab.

Frau Riegelmann fragt, warum für die Produkte 55401 und 56101 des Fachdienstes Umwelt (FD 36) eine Steigerung von 16 % vorliegt, dieser Teilhaushalt aber nicht weiter aufgeführt wird. Ihrer Meinung nach werde es hier auch in den nächsten Jahren zu Kostensteigerungen kommen.

Herr Strohecker antwortet, hier sind keine Werte aufgeführt, weil es keine wesentlichen Produkte seien.

Frau Riegelmann erwidert, dass dies eventuell neu definiert werden müsse.

Herr Holzmann sagt, für die Einrichtung der klimaneutralen Verwaltung seien mit Drucksache Nr. 1286/2016-2021 50.000,- € beschlossen worden. In der letzten Ratssitzung wurde mitgeteilt, dass dies in das Klimaschutzprojekt integriert wird und hierfür insgesamt 160.000,- € veranschlagt werden. Herr Holzmann sieht dieses Vorgehen ohne weiteren Beschluss als fraglich an. Herr Klostermann solle über das Protokoll weitere Erläuterungen dazu geben.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Rahmen eines persönlichen Austauschgesprächs, das zeitnah zwischen Herrn Holzmann, den Klimaschutzmanagern Henrik Stadnischenko und Cedric Niemann sowie Herrn Klostermann stattfinden wird, soll über die Kostenänderung von 50.000,- € auf 160.000,- € detailliert gesprochen und diese entsprechend aufgeschlüsselt werden.

Herr Meißner verlässt von 19:06 Uhr bis 19:09 Uhr den Sitzungsraum.

Zum Haushaltsplanentwurf des Fachdienstes Forst (FD 82) mit dem Produkt 55501 stellt Herr Hackert fest, dass das Ziel der Stadtforstbewirtschaftung voraussichtlich im nächsten Jahr nicht erreicht werde. Er bittet den Stadtförster, Herrn Neubert, um weitere Erläuterungen.

Herr Neubert teilt mit, dass die Erträge auf dem Holzmarkt im Sommer 2023 recht gut gewesen seien. Die Prognose für das Jahr 2024 sagt allerdings ein Minus von 20 - 25 % voraus. Die Nachfrage nach Holz aus den privaten Haushalten sei gleichbleibend hoch, die Nachfrage der Holzverarbeitenden Industrie dagegen sinke. Dies könne daran liegen, dass die Industrie ihren Bedarf in den letzten Jahren mit dem Kauf von Holz, welches wegen des Borkenkäferbefalls gefällt werden musste, für längere Zeit gedeckt hat. Lediglich China habe nach wie vor großen Bedarf an Holz.

Herr Overesch fragt, warum das Holz aus dem Stadtforst nicht nach China verkauft werde, wenn die Nachfrage dort hoch sei. Herr Neubert antwortet, dass es für die Holzwirtschaft verschiedene Kriterien gäbe, wohin das Holz verkauft werde. Unter ökologischen Gesichtspunkten ergibt es wenig Sinn, das Holz in Containern um die halbe Welt zu verschiffen. Deutschland sei selbst Holzimportland, z. B. werde Rundholz aus Rumänien eingekauft. Der Handel mit Holz sei Abwägungssache, erklärt Herr Neubert weiter.

Herr Reinhardt fragt, warum der Ertrag gegenüber dem Jahr 2022, wo er bei 370.000,- € lag, niedriger ausfalle. Außerdem seien auch die Ausgaben, welche im Jahr 2022 bei 460.000,- € lagen, niedriger veranschlagt.

Herr Neubert erklärt, der Ertrag falle mit 320.000,- € niedriger aus, da laut Ratsbeschluss vom 13.10.2022 zurzeit 10 % der Waldfläche nicht bewirtschaftet werden.

Die niedrigen Ausgaben kommen daher zustande, dass die Forsteinrichtung etwa alle 10 Jahre neue Fahrzeuge anschaffen müsse. Diese Anschaffung sei in das Jahr 2022 gefallen und habe damit die Ausgaben gegenüber den anderen Jahren in die Höhe getrieben.

Herr Reinhardt möchte wissen, ob die erforderlichen Aufforstungsmaßnahmen nach dem Borkenkäferbefall im Haushaltsplan berücksichtigt wurden. Herr Neubert bejaht dies und erläutert, dass im Frühjahr 2023 bereits 2 ha aufgeforstet wurden. Pro Hektar fallen Kosten von ca. 13.000,- € an. Insgesamt müssten im Stadtforst schätzungsweise 10 ha neu angelegt werden. Für das Haushaltsjahr 2024 und die folgenden Jahre sind jeweils 50.000,- € dafür veranschlagt worden, sodass ca. 3 ha Fläche pro Jahr aufgeforstet werden können.

Frau Henkels fragt, ob hierfür Fördermittel in Anspruch genommen werden können. Herr Neubert verneint, das sei nicht bekannt. Die Lage in Springe sei auch recht entspannt, da die Fichten nur etwa 7 % des Stadtforstes ausmachen. Wald-Förderprogramme seien meist sehr kompliziert, da Baumarten und Baumgrößen vorgeschrieben sind.

Herr Hackert hat eine Nachfrage zur Zusammensetzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Herr Neubert erklärt, die Landwirtschaftskammer habe die Ausschreibung gewonnen. Die Erntekosten lagen vor 3 bis 4 Jahren bei 20,- € pro m³. Zurzeit müssen 23,- bis 25,- € gezahlt werden. Die Rückarbeiten seien aber nicht im eigenen Betrieb leistbar.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Finanzausschuss, die veranschlagten Ansätze zu beschließen.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, die veranschlagten Ansätze zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat, die veranschlagten Ansätze zu beschließen.

Der Rat beschließt die veranschlagten Ansätze.

6. **Bebauungsplan Nr. 4 „Nordstraße-Mitte“, 1. Änderung und Erweiterung mit Teilaufhebung und örtlicher Bauvorschrift, Stadtteil Stadt Eldagsen** **357/2021-2026 - 1**
- **Beschluss über die Änderung des Geltungsbereiches**
 - **Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB**
 - **Ergebnis der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB**
 - **Beschluss über die erneute Auslegung und Beteiligung der Behörden gem. § 4a (3) BauGB**

Herr Meißner erläutert, dass sich seit der ersten Auslegung wesentliche Änderungen der Planung ergeben haben und eine erneute Veröffentlichung des Plans notwendig sei. Der geplante Spielplatz wurde flächenmäßig vergrößert und soll als Inklusionsspielplatz hergestellt werden. Außerdem ist im nordwestlichen Geltungsbereich des Plans eine Trafostation vorgesehen, welche nachträglich auf Anregung der Stadtwerke Springe eingeplant wurde. Zusätzlich wurde ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht in West-Ost-Richtung im Plangebiet ergänzt.

Herr Holzmann erkundigt sich, ob zusätzlich zur Städtebauförderung für den Inklusionsspielplatz noch andere Fördermittel beantragt werden können.

Herr Meißner verneint dies. Bei Maßnahmen über die Städtebauförderung seien andere Fördergelder ausgeschlossen.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, die unten genannten Beschlüsse zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt zum Bebauungsplan Nr. 4 „Nordstraße-Mitte“, 1. Änderung und Erweiterung mit Teilaufhebung und örtlicher Bauvorschrift, Stadtteil Stadt Eldagsen:

1. die Änderung des Geltungsbereiches (s. Anlage 1)
2. über die Äußerungen der Behörden gem. § 4 (2) BauGB entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung (Anlage 2),
3. die erneute öffentliche Auslegung und Einholung von Stellungnahmen der Behörden des als Anlage 3 vorgelegten Bebauungsplans und seiner Begründung (Anlage 4) gem. § 4a (3) BauGB.

- 7. Stadtsanierung Eldagsen – öffentliche Maßnahmen bis zum Ende des Förderzeitraumes** **575/2021-2026**
- **Vorstellung des Planungsvorhabens Am Wöhlbach 4. und 5. Bauabschnitt**
 - **Vorstellung des Planungsvorhabens Inklusionsspielplatz incl. Fußwegeverbindung**

Herr Meißner teilt mit, dass bereits bewilligte Fördermittel für private Maßnahmen in Höhe von 500.000,- € wegen Nichtrealisierung nunmehr für weitere öffentliche Maßnahmen genutzt werden sollen.

Die Mittel sollen für den 4. und 5. Bauabschnitt der Straße „Am Wöhlbach“, die Errichtung des Inklusionsspielplatzes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 4 „Nordstraße-Mitte“ und die Fußwegeverbindung von dort über den Neuen Gehlenbach zum Innenstadtbereich von Eldagsen verwendet werden.

Der Sanierungsbeirat und der Ortsrat Eldagsen unterstützen diese Vorhaben.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den unten genannten Beschluss zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Fortsetzung des Vorhabens auf Grundlage des vorgestellten Handlungs- und Finanzierungskonzeptes und beauftragt die Verwaltung mit der Fortsetzung des Vorhabens.

Der Ortsrat Eldagsen nimmt den Beschluss zur Kenntnis und macht ggf. von der Anhörung gem. § 94 NKomVG Gebrauch. Letzteres ergibt sich aus der Beratung.

8. Mitteilungen der Verwaltung

8.1. Mitteilung zur Städtebauförderung Eldagsen

Herr Meißner teilt mit, dass die Fortschreibung des Förderprogramms für das Programmjahr 2023 zur städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme „Innenstadt Eldagsen“ genehmigt wurde. Aufgrund der Finanzschwäche der Stadt Springe wurde der Eigenanteil der Stadt auf 10 % gekürzt. 90 % der Fördermittel trägt das Land Niedersachsen.

8.2 Mitteilung zum RROP der Region Hannover - 5. Änderung (Windenergie)

Herr Meißner berichtet, dass der Regionsausschuss am 07.11.2023 nunmehr seine Zustimmung zum Beteiligungsverfahren der 5. Änderung (Windenergie) des Regionalen Raumordnungsprogramms der Region Hannover erteilt hat.

Die Pläne für den Bereich der Stadt Springe haben sich nicht geändert.

Von der Region wird es hierzu folgende Infoveranstaltungen in der Nähe geben:

In Wennigsen-Bredenbeck am 24.11.2023 um 17:30 Uhr (verbindliche Anmeldung erforderlich) und im OHG Springe am 06.12.2023 um 18:00 Uhr (Raumkapazität auf 199 Personen beschränkt).

Frau Henkels erkundigt sich, ob der geplante PUKA-Termin am 09.01.2024 zeitlich ausreiche, um über die Stellungnahme der Stadt Springe zu beschließen. Herr Meißner erwidert, dass wegen der Beteiligung über die Feiertage voraussichtlich eine Fristverlängerung zur Abgabe der Stellungnahme beantragt wird.

8.3 Stellungnahme des FD Forst zum Cross-Radrennen

Herr Neubert verliest die Stellungnahme des Fachdienstes Forst (FD 82) zum Cross-Radrennen am 03.10.2023, zu dem in der letzten PUKA-Sitzung eine Bürgeranfrage gestellt wurde:

„Der FD 82 hat dem Radsportverein Team Springe genehmigt, am 03.10.2023 die jährliche Vereinsmeisterschaft auf dem Gelände der Tellkampfschule und dem angrenzenden Stadtforst zu veranstalten. Dabei wurden rund 900 Meter Waldwege, etwa 60 Meter eines bestehenden Trampelpfades sowie das Gelände der Tellkampfschule genutzt. Die Landschaftsschutzgebietsverordnung sieht dafür keine Regelungen vor. Der Fachdienst 82 hat sich damit nicht über geltendes Recht hinweggesetzt. In Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde wird diese jedoch zukünftig bei solchen Veranstaltungen in Kenntnis gesetzt.

Der Stadtförster, Herr Neubert, war kurz vor Beginn der Veranstaltung ebenfalls vor Ort, um sich dort ein Bild zu machen.

In der Vergangenheit hat das Team Springe regelmäßig seine jährliche Vereinsmeisterschaft in Kooperation mit dem FD 82 durchgeführt.“

8.4 Mitteilung zum VEP 2035+ der Region Hannover

Herr Meißner informiert darüber, dass der Verkehrsentwicklungsplan 2035+ der Region Hannover (VEP 2035+) in der Regionsversammlung beschlossen wurde. Die größte Relevanz für Springe habe bei dieser Planung der geplante Bahnhof Deisterpforte.

Anmerkung der Verwaltung:

Die finale Langfassung des Verkehrsentwicklungsplans 2035+ kann auf der Internetseite der Region Hannover unter www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Mobilität/Verkehrsentwicklung-entwicklung/Verkehrsentwicklungsplan eingesehen werden.

8.5 Mitteilung des LAP Schiene des Eisenbahn-Bundesamtes

Herr Meißner teilt mit, dass das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) am 20.11.2023 das Beteiligungsverfahren im Rahmen der Lärmaktionsplanung (LAP) Schiene startet.

Alle Bürger und Bürgerinnen sowie die Kommunen können sich an der Lärmaktionsplanung (Runde 4) beteiligen. Hierfür hat das EBA eine Beteiligungsplattform auf der Internetseite www.laermaktionsplanung-schiene.de freigeschaltet.

Herr Neubert verlässt um 19:44 Uhr die Sitzung.

9. Fragen der Zuhörenden zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen

Es werden keine Fragen gestellt.

10. Anfragen der Ausschusssmitglieder

10.1 Anfrage zum Glasfaserausbau in Springe

Herr Galas fragt nach dem Stand beim Glasfaserausbau in Springe. Er habe gehört, dass es Probleme wegen der Witterung und der Zusammenarbeit mit der Stadt gegeben habe.

Herr Meißner antwortet, dass es aufgrund vieler Ausschlusskriterien Schwierigkeiten bei der Standortsuche für die benötigten Verteiler gegeben habe. Weitere Einzelheiten sind ihm nicht bekannt. Es erfolgt eine Beantwortung über das Protokoll.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Deutsche Glasfaser prüft zurzeit, in Koordination mit der Stadtverwaltung, Standorte für die PoP-Verteilerkästen (Point of Presence) in den jeweiligen Ortsteilen. Dies nimmt aufgrund der Anforderungen an die Flächen eine gewisse Zeit in Anspruch. Die PoP-Verteilerkästen sind zuerst erforderlich, bevor die Glasfaserkabelverlegung begonnen werden kann, teilte die Deutsche Glasfaser mit.

Neben der Deutschen Glasfaser verlegt auch die Telekom Glasfaser im Stadtgebiet. Laut letzten Information aus Juni 2022 beschränken sich diese auf weite Teile der Springer Kernstadt und einige wenige Abschnitte in den größeren Ortsteilen oder punktuellen Maßnahmengengebieten. Genauere Informationen, welche Hausanschlüsse im Stadtgebiet mit Glasfaser durch die Telekom versorgt werden sollen, liegen der Verwaltung aktuell nicht vor.

Über Ausbauaktivitäten weiterer Telekommunikationsanbieter - wie bspw. Vodafone oder http - sind der Verwaltung keine aktuellen Informationen bekannt. Laut TK-Gesetz sind die Telekommunikationsunternehmen aber auch nicht an eine Informations- oder Kooperationspflicht mit den Kommunen gebunden.

10.2 Anfrage zur Friedhofsatzung und zum Waldfriedhof

Frau Riegelmann möchte wissen, wann es eine neue Friedhofsatzung gibt. Es wurde in letzter Zeit viel über verschiedene Bestattungsarten diskutiert und sie sieht es als sinnvoll an, das Thema zunächst im Stadtrat zu erörtern und anschließend in den Ortsräten.

Außerdem fragt Frau Riegelmann, ob der Waldfriedhof kostendeckend bewirtschaftet werde. Die Beantwortung erfolgt über das Protokoll.

Anmerkung der Verwaltung:

Die neue Friedhofsatzung musste aufgrund des akuten Personalmangels im Fachdienst 66 weit in der Priorisierung zurückgesetzt werden.

Die Bewirtschaftung des Waldfriedhofs erfolgt kostendeckend.

10.3 Anfrage zu neuen Mountainbike-Trails im Deister

Herr Borgolte erinnert an die Anfrage von Herrn Wall aus der letzten Sitzung bezüglich der Planung neuer Trails im Deister und fragt nach, was die Stadt plane.

Herr Meißner hat keinen Kenntnisstand, was ggf. geplant ist. Zurzeit werde in der Verwaltung fachdienstübergreifend nach einer Lösung für den entstandenen Konflikt gesucht. Allerdings hat Herr Meißner bisher nicht an entsprechenden Gesprächen teilgenommen.

Herr Borgolte bittet eindringlich darum, den NABU an Gesprächen hierzu zu beteiligen. Seinen Informationen nach habe sich der Bürgermeister mit Vereinen getroffen, aber der NABU sei nicht eingeladen gewesen.

Ende des öffentlichen Teils: 19:52 Uhr